



## Sicherheitsrat muss klare Worte an Netanjahu-Regierung richten

Pressemitteilung von Annette Groth, 07. Februar 2017

**„Es ist jetzt am Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, klare Worte zu sprechen. Die internationale Gemeinschaft verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie einfach hinnimmt, dass die Regierung Netanjahu mit ihrem aggressiven Raub palästinensischen Landes fortfährt und immer neue Fakten schafft, die eine friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes in noch weitere Ferne rücken lassen“, erklärt die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Annette Groth, anlässlich der gestrigen Verabschiedung eines Gesetzes in der israelischen Knesset, das etwa 4 000 widerrechtlich auf palästinensischem Land errichtete Häuser rückwirkend legalisiert. Annette Groth weiter:**

„Selbst der israelische Generalstaatsanwalt warnt, das Gesetz verstoße gegen israelisches Recht und man müsse mit Klagen vor dem Internationalen Strafgerichtshof rechnen. Es bleibt zu hoffen, dass bereits der Oberste Gerichtshof in Israel es kippt. Die Begründung Netanjahus, mit dem Gesetz solle die Besiedlung des Westjordanlands ‚ein für alle Mal

geregelt' werden, zeigt, worum es tatsächlich geht:  
Ein palästinensischer Staat, das erklärte Ziel der  
Bundesregierung und der internationalen  
Gemeinschaft, soll endgültig verhindert werden. Die  
schleichende Annexion palästinensischen Landes soll  
auch gesetzlich immer weiter untermauert werden.

Die Bundesregierung, die EU und die UNO müssen  
endlich konkrete Maßnahmen ergreifen, den  
israelischen Siedlungsbau und die vielen in den  
letzten Monaten erlassenen israelischen Gesetze, die  
den Landraub und die Enteignung der  
palästinensischen Bevölkerung legalisieren,  
demokratische Rechte massiv einschränken und  
Menschen diskriminieren, zu stoppen.“